

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.299.829

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)18354/J-NR/2024

Wien, am 17. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Michael Schnedlitz, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. April 2024 unter der Nr. **18354/J-NR/2024** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Externe Verträge im Bundesministerium für Justiz Q1 2024" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 21 und 47 bis 65:

- 1. Welche Verträge mit welchen Beratungsunternehmen oder externen Beratern wurden im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 in Ihrem Kabinett bzw. Ressort und nachgeordneten Dienststellen geschlossen? (Bitte um genaue Aufstellung aller einzelnen Verträge nach Monat, Laufzeit der Verträge, vereinbartem Honorar, Auftragnehmer und Leistungsumfang der Verträge)
- 2. Wie hoch sind die Kosten der in Frage 1 genannten Beraterverträge in Summe sowie im Einzelnen?
- 3. Wer trägt die Kosten für die in Frage 1 genannten Beraterverträge?
- 4. Wurden zusätzlich zu den Honoraren der Verträge Spesen verrechnet? (Bitte um genaue Aufschlüsselung der verrechneten Spesen je Vertrag)
- 5. Von wem wurden die in Frage 1 genannten Beraterverträge in Auftrag gegeben?

- 6. Aus welchen Gründen wurden die in Frage 1 genannten Beraterverträge in Auftrag gegeben? (Bitte Gründe je Vertrag angeben)
- 7. Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die in Frage 1 genannten Beraterverträge in Auftrag gegeben? (Bitte Rechtsgrundlage je Vertrag angeben)
- 8. Gibt es anderweitige Personen oder Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar besonders von den in Frage 1 geschlossenen Beraterverträgen profitieren oder profitieren könnten?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, inwiefern?
- 9. Bei welchen abgeschlossenen Verträgen mit Beratungsunternehmen oder externen Beratern erfolgte im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 in Ihrem Kabinett bzw. Ressort und nachgeordneten Dienststellen eine Ausschreibung? (Bitte um Auflistung nach interner oder externer Ausschreibung)
- 10. Wie sieht der interne Ausschreibungsprozess konkret aus?
- 11. Wie lautete der Text der jeweiligen internen Ausschreibungen?
- 12. Wie sieht der externe Ausschreibungsprozess konkret aus?
- 13. Wie lautete der Text der jeweiligen externen Ausschreibungen?
- 14. Warum wurden keine hausinternen Beamten mit den Aufgaben betraut?
- 15. Wurden im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 Beraterverträge unmittelbar oder mittelbar mit Unternehmen oder Personen abgeschlossen, an denen Personen beteiligt sind, die aktuelle oder ehemalige Mitarbeiter Ihres Ressorts sind oder waren?
- 16. Wenn ja, welche Verträge mit welchen Personen waren das und wie hoch waren die Kosten dafür?
- 17. Nach welchen Kriterien wurden die in Frage 1 genannten Beraterverträge ohne Ausschreibung vergeben?
- 18. Welche der in Frage 1 genannten Beraterverträge wurden ohne Ausschreibung vergeben?
- 19. Wurden Beraterverträge im Sinne der Frage 1 aus Mitteln, die Ihnen speziell in Ihrer Funktion als Bundesministerin zur Verfügung stehen, bestritten?
- 20. Wenn ja, für welche Leistungen? (Bitte nach Umfang der Leistung und Höhe der Kosten gliedern)
- 21. Wenn ja, warum?
- 47. Welche sonstigen Verträge mit Beratungsunternehmen, externen Beratern oder Ähnlichem (inklusive persönliche und strategische Beratung) wurden im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 in Ihrem Kabinett bzw. Ressort und in den nachgeordneten Dienststellen geschlossen? (Bitte um genaue Aufstellung aller einzelnen Verträge nach

Monat, Laufzeit der Verträge, vereinbartem Honorar, Auftragnehmer und Leistungsumfang der Verträge)

- 48. *Wie hoch sind die Kosten der in Frage 47 genannten sonstigen Verträge in Summe sowie im Einzelnen?*
- 49. *Wer trägt die Kosten für die in Frage 47 genannten sonstigen Verträge?*
- 50. *Wurden zusätzlich zu den Honoraren der Verträge Spesen verrechnet? (Bitte um genaue Aufschlüsselung der verrechneten Spesen je Vertrag)*
- 51. *Von wem wurden die in Frage 47 genannten sonstigen Verträge in Auftrag gegeben?*
- 52. *Aus welchen Gründen wurden die in Frage 47 genannten sonstigen Verträge in Auftrag gegeben? (Bitte Gründe je Vertrag angeben)*
- 53. *Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die in Frage 47 genannten sonstigen Verträgen in Auftrag gegeben? (Bitte Rechtsgrundlage je Vertrag angeben)*
- 54. *Gibt es anderweitige Personen oder Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar besonders von den in Frage 47 geschlossenen sonstigen Verträgen profitieren oder profitieren könnten?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn ja, inwiefern?*
- 55. *Bei welchen der in Frage 47 genannten sonstigen Verträgen erfolgte im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 in Ihrem Kabinett bzw. Ressort und nachgeordneten Dienststellen eine Ausschreibung? (Bitte um Auflistung nach interner oder externer Ausschreibung)*
- 56. *Wie sieht der interne Ausschreibungsprozess konkret aus?*
- 57. *Wie lautete der Text der jeweiligen internen Ausschreibungen?*
- 58. *Wie sieht der externe Ausschreibungsprozess konkret aus?*
- 59. *Wie lautete der Text der jeweiligen externen Ausschreibungen?*
- 60. *Warum wurden keine hausinternen Beamten mit den Aufgaben betraut?*
- 61. *Nach welchen Kriterien wurden die in Frage 47 genannten Beraterverträge ohne Ausschreibung vergeben?*
- 62. *Welche der in Frage 47 genannten Verträge wurden ohne Ausschreibung vergeben?*
- 63. *Wurden Aufträge bzw. Leistungen, genannt in den Fragen 47 – 62, aus Mitteln, die Ihnen speziell in Ihrer Funktion als Bundesministerin zur Verfügung stehen, bestritten?*
- 64. *Wenn ja, für welche Leistungen? (Bitte nach Umfang der Leistung und Höhe der Kosten gliedern)*
- 65. *Wenn ja, warum?*

Im Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 31. März 2024 hat das Bundesministerium für Justiz keine Beratungsverträge, also Verträge, in denen die fachliche Beratung im Vordergrund stand, mit externen Anbieter:innen abgeschlossen. Zu Werk- und Dienstleistungen, die mitunter auch beratenden Charakter haben können, bei denen jedoch eine andersartige Leistung im Vordergrund steht, wird insbesondere auf die Beantwortungen der Anfrageserien „Externe Verträge im Bundesministerium für Justiz“ und „Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung“ verwiesen.

Zu den Fragen 22 bis 30:

- 22. *Welche Studien, Untersuchungen und sonstige Aufträge mit wissenschaftlichem Hintergrund wurden im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 durch Ihr Kabinett bzw. Ressort und nachgeordnete Dienststellen an wen vergeben? (Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Auftragsinhalt, Studienleiter, Zielsetzung und beschlossenem Zeitpunkt der Fertigstellung)*
- 23. *Wie hoch sind die Kosten der in Frage 22 genannten Studien, Untersuchungen und sonstigen Aufträgen in Summe sowie im Einzelnen?*
- 24. *Wer trägt die Kosten für die in Frage 22 genannten Studien, Untersuchungen und sonstigen Aufträge?*
- 25. *Von wem wurden die in Frage 22 genannten Studien, Untersuchungen und sonstigen Aufträge in Auftrag gegeben und aus welchen Gründen?*
- 26. *Wirken Personen aus Ihrem Kabinett bzw. Ressort oder anderen Kabinetten bzw. Ressorts an den in Frage 22 genannten Studien mit?*
 - a. *Wenn ja, wer?*
 - b. *Wenn ja, inwiefern?*
- 27. *Wurden bzw. werden diese Studien veröffentlicht?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, wo?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
- 28. *Wurden Verträge im Sinne der Frage 22 aus Mitteln, die Ihnen speziell in Ihrer Funktion als Bundesministerin zur Verfügung stehen, bestritten?*
- 29. *Wenn ja, für welche Leistungen? (Bitte nach Umfang der Leistung und Höhe der Kosten gliedern)*
- 30. *Wenn ja, warum?*

Im März 2024 wurde (auf Grundlage und im Rahmen des Bundesvergabegesetzes 2018 im Wege der Direktvergabe) ein Werkvertrag mit dem Dokumentationsarchiv des

österreichischen Widerstandes (DÖW) über die Pilotstudie „Die Beamt:innen des Bundesministeriums für Justiz nach 1945 – Kontinuitäten und Brüche“ mit einem Pauschalentgelt iHv 81.928,52 Euro (netto) abgeschlossen.

Dabei wurden keine zusätzlichen Spesen vereinbart. Die Vergabe erfolgte jeweils, weil das notwendige Knowhow, die notwendigen Mittel oder Kapazitäten ministeriumsintern nicht vorhanden waren. Beim Vertragspartner sind keine (ehemaligen) Kabinettsmitarbeiter:innen beschäftigt. Es wird um Verständnis ersucht, dass keine Informationen über Beteiligungsstrukturen von Unternehmen außerhalb des Vollziehungsbereichs des Bundesministeriums für Justiz vorliegen.

Zu den Fragen 31 bis 46:

- 31. *Welche Verträge mit welchen Werbefirmen wurden im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 in Ihrem Kabinett bzw. Ressort und nachgeordneten Dienststellen geschlossen? (Bitte um genaue Aufstellung aller einzelnen Verträge nach Monat, Laufzeit der Verträge, vereinbartem Honorar, Auftragnehmer und Leistungsumfang der Verträge)*
- 32. *Wie hoch sind die Kosten der in Frage 31 genannten Verträge mit Werbefirmen in Summe sowie im Einzelnen?*
- 33. *Wer trägt die Kosten für die in Frage 31 genannten Verträge mit Werbefirmen?*
- 34. *Wurden zusätzlich zu den Honoraren der Verträge Spesen verrechnet? (Bitte um genaue Aufschlüsselung der verrechneten Spesen je Vertrag)*
- 35. *Von wem wurden die in Frage 31 genannten Verträge mit Werbefirmen in Auftrag gegeben und aus welchen Gründen?*
- 36. *Gibt es anderweitige Personen oder Unternehmen, die besonders von den in Frage 31 geschlossenen Verträgen mit Werbefirmen profitieren könnten?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn ja, inwiefern?*
- 37. *Bei welchen abgeschlossenen Verträgen mit Werbefirmen erfolgte im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.03.2024 in Ihrem Kabinett bzw. Ressort und nachgeordneten Dienststellen eine Ausschreibung? (Bitte um Auflistung nach interner oder externer Ausschreibung)*
- 38. *Wie sieht der interne Ausschreibungsprozess konkret aus?*
- 39. *Wie lautete der Text der jeweiligen internen Ausschreibungen?*
- 40. *Wie sieht der externe Ausschreibungsprozess konkret aus?*
- 41. *Wie lautete der Text der jeweiligen externen Ausschreibungen?*

- 42. Nach welchen Kriterien wurden die in Frage 31 genannten Verträge ohne Ausschreibung vergeben?
- 43. Welche der in Frage 31 genannten Beraterverträge wurden ohne Ausschreibung vergeben?
- 44. Wurden Verträge im Sinne der Frage 31 aus Mitteln, die Ihnen speziell in Ihrer Funktion als Bundesministerin zur Verfügung stehen, bestritten?
- 45. Wenn ja, für welche Leistungen? (Bitte nach Umfang der Leistung und Höhe der Kosten gliedern)
- 46. Wenn ja, warum?

Im Zeitraum 1. Jänner bis 31. März 2024 wurde die Agentur Jung von Matt DONAU GmbH für die Beratung, Planung, Konzeption und Kreation der Barrierefreiheit zu sämtlichen Spots in der Recruitingkampagne Justiz („Berufe für Berufene“) beauftragt, weil diese Agentur bereits 2023 für die Konzeption und die Umsetzung dieser Recruitingkampagne herangezogen worden war. Vom Auftrag ist die Herstellung sämtlicher Werbefilme in einem barrierefreien Format mit Audiodeskription und Gebärdensprache umfasst. Darüber hinaus sollen auf dem Karriereportal der Justiz (justiz.gv.at/karriere) die Unterseiten der Jobprofile als Gebärdensprachenvideos im Hypersign-Format zur Verfügung gestellt werden, um dort einen insgesamt barrierefreien Bereich einrichten zu können. Die Beauftragung erfolgte am 7. Februar 2024 über die Bundesbeschaffung GmbH (BBG) und unterliegt der BBG-Rahmenvereinbarung „Kreativagenturleistungen Bund“. Bei Jung von Matt DONAU GmbH handelt es sich um das erstgereichte Unternehmen laut Rahmenvereinbarung.

Die Kosten für die Herstellung der Barrierefreiheit belaufen sich auf 21.741,90 Euro brutto. Darüber hinaus werden für die HyperSign-Formate zusätzlich laufende, direkt beim ÖGS anfallende monatliche Kosten für das Hosting der Videos entstehen. Die Höhe dieser monatlichen Kosten wird je nach Videogesamtlaufzeit mindestens 10 Euro und maximal 50 Euro betragen.

Bis dato wurde eine Teilrechnung in Höhe von 1.200 Euro inklusive USt gezahlt (Rechnung des für die Audiodeskription zuständigen Unternehmens Audio2). Weitere Zahlungen sind noch nicht erfolgt.

Im angefragten Zeitraum wurde ferner ein Vertrag mit der Kreativagentur „Tante Emma“ auf Basis eines Kostenvoranschlages in der Höhe von 88.455,20 Euro netto abgeschlossen. Da die Agentur bereits zuvor in die Kampagne involviert war und damit über wertvolles

Vorwissen verfügte, wurde diese Agentur im Wege der Direktvergabe beauftragt. Der Vertrag mit Tante Emma umfasst Leistungen im Zusammenhang mit der Kampagne „neinzugewalt“. Einerseits organisatorische Agenden, wie Projektmanagement und -koordination, die Organisation und Abwicklung von zwei Sounding Boards etc., andererseits aber auch Umsetzung von Werbemitteln und dazu auch Bildgenerierung, Unterstützung bei der Entwicklung der Ansprache der Kinder und Jugendlichen, Textierung eines Hörfunk-Spots und Produktionsbegleitung, Konzeption und grafische Entwicklung einer Kampagnen-Website. Schließlich ist auch die Kooperation mit Influencer:innen zur Umsetzung der Kampagne umfasst. Bislang sind keine Kosten entstanden. Es wurden keine zusätzlichen Spesen vereinbart und die Verträge von der Stabsstelle Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Bundesministerium für Justiz abgeschlossen.

Auf den letzten Absatz der Beantwortung der Fragen 22 bis 30 wird sinngemäß verwiesen.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

